

Neue Verfassung + neuer Premier = volle Demokratie?

Alle Rettungsmaßnahmen halfen nichts: Nach weniger als einem Jahr Amtszeit zwang die wirtschaftliche und politische Krise (siehe SOAI Nr. 3/1997) Premierminister General Chavalit zum Rücktritt. Chuan Likphai, der von 1992 bis 1995 die langlebigste demokratisch gewählte Regierung in der Geschichte Thailands geleitet hatte, wurde übergangsweise zu seinem Nachfolger ernannt. Zwischen den schweren politischen und wirtschaftlichen Problemen beinahe unbemerkt, verabschiedete das Parlament zwischen durch noch die neue Verfassung, die den Grundstein für ein demokratischeres und stabileres politisches System legen soll.¹⁾

Halbe Demokratie, halbes Schwellenland?

Mehr als zwei Jahrzehnte lang schien Thailand die Theorie zu widerlegen, daß häufige Militärputsche, instabile Institutionen und weitverbreitete Korruption ein stabiles Wachstum und eine anhaltende Industrialisierung unmöglich machen. In den letzten zehn Jahren gab es häufig sogar zweistellige Wachstumsraten, und technologisch anspruchsvollere Produkte ergänzten die zuvor durch typische Billiglöhnerprodukte geprägte Palette. Für das politische System der 80er- und 90er-Jahre — mit Ausnahme des Zeitraums zwischen dem Militärputsch im Februar 1991 bis zu den Neuwahlen im September 1992 — hat sich der Begriff der »halben Demokratie« (*semi-democracy*) eingebürgert²⁾: Ein System, in dem es zwar politische Parteien und freie Wahlen gibt, in dem aber Stimmenkauf und die Unberechenbarkeit der gewählten Politiker dafür sorgen, daß die Ent-

scheidungen über die Person des Premierministers, seine Minister und die politische Linie der Regierung nur sehr wenig mit dem Willen der Bevölkerungsmehrheit zu tun hatte.

Die Krise macht deutlich, daß auch die wirtschaftliche Entwicklung zum Schwellenland irgendwo auf halber Strecke steckengeblieben ist. Zwar gab es wirtschaftliches Wachstum und Industrialisierung, aber die dringend notwendigen Infrastrukturprojekte blieben immer wieder zwischen Korruption und Kompetenzgewirr hängen. Und unsolides Haushalten hat in den letzten Jahren zu Problemen der Handelsbilanz und im Staatsbudget geführt. Die thailändische Presse hat dafür den Begriff der »Seifenblasenwirtschaft« (*bubble economy*) geprägt, und als deren Erfinder wird gerechterweise nicht der letzte Premierminister Chavalit, sondern Chatichai Choonhavan (Regierungszeit 1988-1991) betrachtet. 1996 lag das Wirtschaftswachstum noch bei 6,4 Prozent, aber in diesem Jahr wird das Wachstum nach der optimistischen Schätzung des Internationalen Währungsfonds bei 2,5 Prozent liegen.

Ende September haben die beiden Kammern des thailändischen Parlaments (Unterhaus und Senat) mit 578 gegen 16 Stimmen die neue Verfassung verabschiedet, die eine verfassungsgebende Versammlung entworfen hatte (siehe SOAI Nr.3/1997). Angesichts der kritischen Stimmen gegen den Entwurf, die zuvor von zahlreichen Abgeordneten der Regierungskoalition zu hören waren, erscheint es plausibel, daß es der schweren Vertrauenskrise der Regierung zu verdanken war, daß schließlich eine überwältigende Mehrheit der Beschränkung ihrer eigenen Macht zustimmte. (Chavalits Innenminister

von Gerhard Reinecke

Sanoh Thienthong hatte sogar behauptet, eine kommunistische Konspiration stecke hinter dem neuen Verfassungsentwurf.) Die Verfassung sieht die Trennung von Ministeramt und Abgeordnetenmandat vor, führt eine Wahlpflicht, die Offenlegung der Vermögensverhältnisse von Politikern und die Direktwahl der Senatoren ein. Außerdem ermöglicht sie die Amtsenthebung von Politikern und stärkt die Bürgerrechte³⁾. Um den Inhalt der Verfassung umzusetzen, müssen nun eine Reihe von Gesetzen geändert werden; die Frist dafür beträgt 240 Tage.

Vergebliche Rettungsversuche

Obwohl Chavalit im August 1997 mit einer Kabinettsumbildung neuen wirtschaftlichen Sachverstand in die Regierung brachte, bewies er bei der Bewältigung der Krise keine gute Hand. Eine Erhöhung der Mineralölsteuer, die beim Stopfen der Löcher im Staatshaushalt geholfen hätte, nahm er umgehend wieder zurück — zwei Tage nachdem er sie verkündet hatte. Finanzminister Thanong Bidaya, gerade neu im Kabinett, trat daraufhin zurück. Die erneute Regierungsbildung Ende Oktober 1997 nahm dann schon kaum jemand mehr ernst, obwohl Chavalit mehrere neue Minister mit großem wirtschaftlichen Sachverstand hatte gewinnen können. Der amtierende Direktor der

Der Autor studierte Politische Wissenschaft und Thailändisch in Hamburg und arbeitet gegenwärtig in Santiago an einem Dissertationsprojekt über Innovationen und Arbeitsorganisation in Chile.

thailändischen Börse *Stock Exchange of Thailand* erklärte: »Wir hatten schon zwei Finanzminister unter dieser Regierung und ich erwarte nicht, daß der neue Minister viel tun kann.«

Im Oktober gab es mehrere große Protestkundgebungen in Bangkok, die den Rücktritt Chavalits forderten. Demonstranten der Mittelklasse, Geschäftsleute und Gewerkschafter waren sich einig, daß Chavalit die Lösung der wirtschaftlichen und politischen Krise nicht zuzutrauen sei. Auch in Chiang Mai und Nakhon Ratchasima fanden Proteste statt. Bei den Nichtregierungsorganisationen des *Forum of the Poor* waren die Auffassungen gespalten. Im Vergleich zu Banharn oder Chuan stand Chavalit den Forderungen der NGOs aufgeschlossener gegenüber, auch wenn die Einlösung der gemachten Versprechen stets schleppend blieb.

Chavalit und sein Innenminister Sanoh Thienthong reagierten empfindlich auf die Protestdemonstrationen und Chavalit erwog Ende Oktober sogar die Ausrufung des Ausnahmezustandes, nachdem die Polizei angeblich eine Gruppe identifiziert hatte, die aus den friedlichen Demonstrationen gewalttätige Aktionen machen wollte. Davon konnten ihn glücklicherweise seine Kollegen in der Regierung (Vize-Premierminister Montri Pongpanich und Samak Sundaravej) und im Militär (Armeeoberbefehlshaber Chattha Thanajaro) abhalten. Wenige Tage später, Anfang November, kündigte Chavalit dann seinen Rücktritt an. Der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Mongkol Ampornpisith, und der Armeeoberbefehlshaber Chettha hatten Chavalit schon vor der letzten Regierungsumbildung den Rücktritt nahegelegt, was sicher wesentlich zu seinem schließlichen Einlenken beitrug.

Kampf um die Nachfolge

Um ein Haar wäre ausgerechnet Chatichai Choonhavan, der Urheber der *bubble economy*, neuer Premierminister geworden — eine Konstellation, von der viele Geschäftsleute eine weitere Verschlimmerung der wirtschaftlichen Situation erwarteten. Eine Koalition zwischen Chatichais *Chart Pathana Party*, Chavalits *New Aspiration Party* und mehreren kleineren Parteien hätte die notwendige

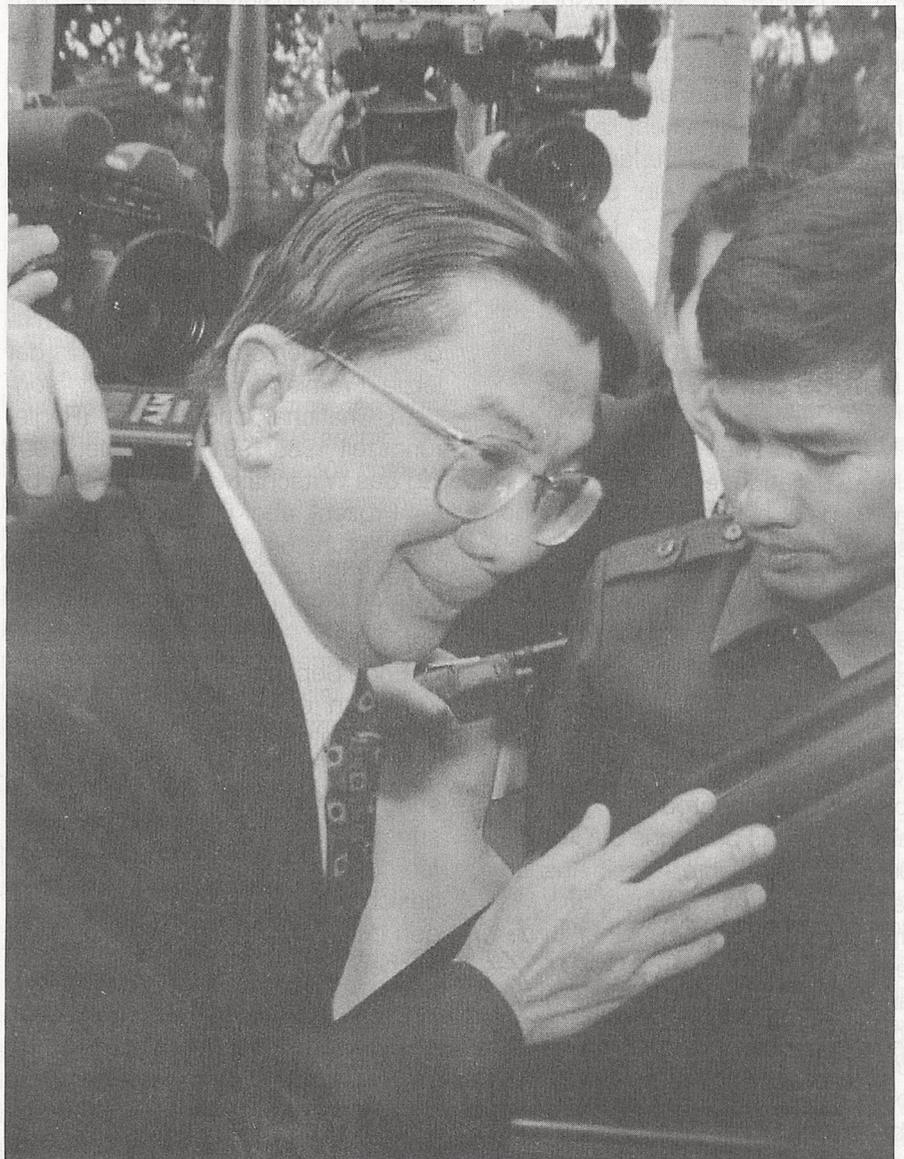
Mehrheit zusammen gehabt, wenn nicht überraschend Montri Pongpanich mit seiner *Social Action Party* die Fronten gewechselt hätte und 14 der 18 Abgeordneten von Samak Sundaravejs *Prachakorn Thai Party* ihrem Parteivorsitzenden den Gehorsam verweigert hätten. Auch die kleine *Seritham Party* hatte die alte Koalition verlassen. So kam es dazu, daß Chuan Likphai eine knappe Mehrheit (210 von 393 Sitzen) für eine von der *Democrat Party* geführte Regierung zusammenbrachte: 123 Abgeordnete der *Democrat Party*, 39 der *Chart Thai*, 20 der *Social Action*, 8 der *Solidarity*, 4 von *Seritham*, 1 von *Phalang Dhamma*, 1 der *Thai Party* sowie die 14 Stimmen aus der *Prachakorn Thai Party*.

Der Konflikt in der *Prachakorn Thai Party* belastete die ersten Wochen der neuen Koalition, da Samak auch nachträglich nicht seine Zustimmung zur Unterstützung Chuans durch Abgeordnete seiner Partei geben wollte.

So besteht die kuriose Situation, daß eine Partei mit Ministern im Kabinett vertreten ist, deren Parteiführung auf Seiten der Opposition steht. Zwei der Abgeordneten sind inzwischen aus der Partei ausgetreten, sagten aber später aus, zum Austritt gezwungen worden zu sein. Chatichais *Chart Pathana Party*, eben noch Gegenspieler im Kampf um den Premierministerposten, hat Chuan angeboten, sich an der Regierung zu beteiligen und sie so zu stabilisieren — Chuan hat vorerst allerdings auf die Hilfe Chatichais verzichtet und hofft, auch mit der Unterstützung eines Teils der *Prachakorn*-Abgeordneten über die Runden zu kommen.

Die neue Regierung

Bemerkenswert an der Zusammensetzung der neuen Regierung ist, daß zum zweiten Mal in der thailändi-



Als Premierminister Chavalit ging ...

schen Geschichte ein Zivilist zum Verteidigungsminister ernannt wurde — Premierminister Chuan selbst wird dieses Amt wahrnehmen. Der erste zivile Verteidigungsminister, Seni Pramoj, war nur für wenige Wochen von August bis September 1976 im Amt. Vize-Premierminister Supachai Panitchpakdi ist verantwortlich für die Koordination der Wirtschaftspolitik; Finanzminister ist Tarrin Nimmanhaeminda.

Die Aufgaben der neuen Regierung sind nicht leicht, denn obwohl sie nur für eine Übergangszeit im Amt ist, stehen politisch schwierige Entscheidungen an. Weitere Ausgabenkürzungen sind notwendig, um die IWF-Auflage zu erfüllen, 1998 den Staatshaushalt mit einem Überschuß von einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts abzuschließen. Zum anderen muß die Regierung über das Schicksal der 58 suspendierten Finanz- und Versicherungsunternehmen entscheiden. Allerdings sind Weltbank und IWF offenbar von den guten Absichten und dem Sachverstand der neuen Regierung überzeugt und der IWF hat einer gewissen Lockerung der Auflagen bezüglich der Auslandsverschuldung zugestimmt. Die Lockerung soll verhindern, daß das stark gebremste Wirtschaftswachstum in eine handfeste Rezession mit negativen Wachstumsraten umschlägt.

Der Amtsantritt Chuans, der allgemein als einer der integersten Politiker in Thailand gilt, hat in Wirtschaftskreisen zu vorsichtigem Optimismus geführt; Dollarkurs und Aktienkurse haben ihre Talfahrt vorerst beendet. Es bleibt abzuwarten, ob die neue Regierung, die durch beträchtliche interne Spannungen gekennzeichnet ist, die notwendigen Entscheidungen zügig durchsetzen kann: die wichtigste Kritik an Chuan während seiner letzten Amtszeit richtete sich gegen sein mangelndes Charisma und die langsame Entscheidungsfindung.

Der Umbau Thailands zu einem »echten« Schwellenland, mit technologieintensiverer Produktion, verbesserter Infrastruktur und akzeptablen Arbeitsbedingungen wird durch die Krise mehrere Jahre zurückgeworfen. Durch den Fall des Baht-Kurses wird es wahrscheinlich zu einem kurzfristigen Exportboom der Textilindustrie und anderer Billiglöhnbereichen kom-

men, die in den letzten Jahren im Vergleich zu neuen Wettbewerbern wie China oder Vietnam durch die wesentlich höheren Kosten in Probleme geraten waren. Zum anderen ist zu erwarten, daß wichtige Infrastrukturprojekte wegen der gespannten Finanzsituation abermals zurückgestellt werden.

Auf dem Weg zu einer stabilisierten Demokratie?

Die neue Regierung ist zweifellos eine Übergangsregierung, deren erklärtes Ziel es ist, bald Neuwahlen nach der neuen demokratischen Verfassung zu ermöglichen. Nach dem neuen Wahlrecht werden 400 der 500 Parlamentsabgeordneten nach Mehrheitswahlsystem in 400 Wahlkreisen ermittelt, während die verbleibenden 100 im Verhältniswahlsystem aus Parteienlisten hervorgehen. Die neuen Bestimmungen der Verfassung sollen den Stimmenkauf eindämmen. Chuan erklärte, er werde Neuwahlen einleiten, sobald die drei noch ausstehenden Durchführungsgesetze, die fairere Wahlen garantieren sollen, verabschiedet seien. Chuan weigerte sich allerdings, einen genauen Zeitpunkt für Neuwahlen anzugeben, um später nicht darauf festgenagelt zu werden.

Es ist kaum abzuschätzen, ob der Wahlverlauf und das Wahlergebnis bei den nächsten Wahlen wirklich wesentlich anders aussehen werden als bei den letzten Wahlen. Ein gutes Ergebnis für Chuans Democrat Party hätte den Vorteil, daß die am ehesten einer weiteren Demokratisierung und einem korruptionsarmen Politikstil verpflichtete Partei mit einer geringeren Zahl allzu zweifelhafter Koalitionspartner auskäme.

Eine wichtige positive Entwicklung ist, daß das Militär dazu beigetragen hat, eine Eskalation des Konflikts zwischen Regierung und Demonstranten zu verhindern, anstatt darin wie früher eine Chance für einen Militärputsch zu sehen. Mit einer gestärkten Chuan-Regierung nach den Wahlen und unter der neuen Verfassung sehen die Perspektiven für eine institutionelle Stabilisierung der thailändischen Demokratie nicht schlecht aus. Das heißt allerdings nicht unbedingt, daß es NRO und Gewerkschaften

leichter haben werden, der Regierung ihre Forderungen nahezubringen. In der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krisensituation werden es eher tatsächliche und vermeintliche Sachzwänge sein, die die Politik im Sinne der Wiederherstellung des Wirtschaftsstandortes Thailand prägen werden. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die Unternehmerverbände die Entwicklung einer wirtschaftsfreundlichen parlamentarischen Demokratie dem populistischen Zickzackkurs des Generals Chavalit vorziehen.

Anmerkungen:

- 1) Die Schilderung der jüngsten Ereignisse stützt sich, wenn keine andere Quelle angegeben ist, auf die laufende Berichterstattung der Bangkok Post Online.
- 2) Für eine aktuelle Debatte des Begriffes siehe die Artikel von Robert Albritton: Thailand: No Longer a Semidemocracy und von Clark Neher: Thailand: Still a Semidemocracy, in: Mandala, Newsletter of the Center for Southeast Asian Studies, Northern Illinois University, Nr.16, Frühjahr 1997, S.8-10. Siehe auch Gerhard Reinecke: Thailands Weg zur Sozialversicherung — Entscheidungsprozesse zwischen Demokratisierung und Militärputsch, Saarbrücken, Breitenbach, 1993, S.57-61.
- 3) Vgl. Sven Hansen: Neue Verfassung gegen korrupte Politik, in: taz, 29.9.1997, S.10.

— Anzeige —

**BRIGITTE, PETRA,
CARINA, EMMA,
TINA, AMICA, LISA
aufgepasst!**

Jetzt kommt wieder

LOLA

press

und zwar weltweit aus den Redaktionen in Afrika, Europa, der Karibik, Mittel- und Südamerika
 authentische Reportagen
 aufregende Analysen
 andere Perspektiven
 die feministische Zeitschrift für Frauen mit Weitblick
 zwelsprachig: Englisch + Spanisch

JA Ich will die | LOLA press
 neue LOLA | Friedrichstr. 165
 (10 DM anbei) | D-10117 Berlin

Tel/Fax: +49-30-20 450 24-0/-1
 e-mail: LOLApress@ipn-b.comlink.apc.org